

Das sagen die Parteien zu den wichtigsten Themen des Planeten.

Wahlkompass 2017 Umweltpolitik

#DeinPlanetDeineWahl

GREENPEACE

Inhalt

Editorial	3
01 Klimaschutz und Energiepolitik	4
02 Landwirtschaft	10
03 Meeresschutz	16
04 Verkehr und saubere Luft	20
05 Europa, Globalisierung und Frieden	24

Liebe Wählerinnen und Wähler,

Umweltschutz ist ein Thema, das in Wahlkämpfen schnell unter die Räder vermeintlich wichtigerer Themen gerät. Dabei ist klar: ohne eine intakte Natur ist unsere Gesellschaft nicht lebensfähig. Denn Klimawandel oder Artensterben sind eben weit mehr als Umweltprobleme: sie haben massive Auswirkungen auf unsere wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen, auf Gesundheit und Sicherheit – und auf die Zukunft unserer Kinder.

Deshalb hat Greenpeace auch für die kommende Bundestagswahl einen „Wahlkompass“ erstellt. Er soll Ihnen zeigen, was die Parteien zum Schutz des Planeten zu sagen haben – oder auch nicht. Befragt haben wir alle Parteien, die den Umfragen zufolge über die 5-Prozent-Hürde kommen. Darunter ist auch die AfD, die nicht nur den Klimawandel leugnet und den Atomausstieg ebenso wie die Energiewende abschaffen will. Vor allem steht die AfD für eine Gesellschaft, die durch Nationalismus, Ausgrenzung und Intoleranz gekennzeichnet ist. Wir haben uns trotzdem dafür entschieden, ihre Antworten abzudrucken, denn das gehört zu einer Demokratie.

Diese Wahl ist wichtig, denn die Zeit für die nötigen Veränderungen läuft ab. Ihre Stimme entscheidet darüber, ob Deutschland zügig aus der klimaschädlichen Kohle aussteigt oder nicht; ob Dieselfahrzeuge weiter zu viele Schadstoffe ausstoßen dürfen oder nicht; und ob Tiere weiter in Massenställen unter unwürdigen Bedingungen gehalten werden oder nicht. Sie haben die Wahl.



Roland Hipp



Martin Kaiser



Eine ausführliche Bewertung der AfD-Forderungen finden Sie unter <http://www.greenpeace.de/presse/publikationen/greenpeace-position-zur-partei-alternative-fuer-deutschland-afd>

**Kein anderes
Land verbrennt
mehr klima-
schädliche
Braunkohle als
Deutschland.**

*Hier findest du mehr Informationen zum Thema
www.greenpeace.de/Klimaschutz*

01

Klimaschutz und Energiepolitik





Mit welchen kurzfristig wirksamen Maßnahmen wollen Sie das deutsche Klimaschutzziel 2020 noch erreichen?

Für die Erreichung des Ziels, die Treibhausgasemissionen im Jahr 2020 um 40 % zu senken, haben wir das Programm Klimaschutz 2020 erarbeitet.

CDU

Den CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 % zu senken durch Ausbau erneuerbare Energien, von Elektromobilität und Nachrüstungen.

SPD

Direkt nach der Wahl muss ein Kohleausstiegsgesetz beschlossen werden, dass ab 2018 die Abschaltung der ersten Kohlekraftwerke vorsieht.

Die Linke

Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke sofort abschalten; Ausbau Erneuerbarer beschleunigen; Einstieg in den Ausstieg des Verbrennungsmotors.

B'90/Grüne

Wir stehen zu den europäischen Klimaschutzzielen und werden die Energieforschung voranbringen, damit Klimaschutz bezahlbar realisiert werden kann.

FDP

Keine Antwort

AfD



In welchem Jahr soll in Deutschland das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet werden?

Langfristig muss ein großer Teil der fossilen Energiequellen wie Kohle, Öl und Gas durch klimafreundlichere Energiequellen ersetzt werden.

CDU

Wir setzen uns für den schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung ein.

SPD

Das letzte Kohlekraftwerk muss spätestens 2035 vom Netz gehen. Zum Kohleausstieg gehört auch ein Strukturwandelfonds für die Kohlereviere.

Die Linke

Im Rahmen eines Kohleausstiegplans inkl. struktureller Hilfen für die Regionen soll das letzte Kohlekraftwerk 2030 abgeschaltet werden.

B'90/Grüne

Die Energiewende muss mit Augenmaß vorangebracht werden. Wir brauchen die Infrastruktur für bezahlbare erneuerbare Energien – daran wollen wir arbeiten.

FDP

Keine Antwort

AfD



Sind Sie dafür, Erneuerbare Energien in Deutschland deutlich stärker als derzeit geplant auszubauen mit dem Ziel einer **100 % regenerativen Energieversorgung bis spätestens 2050?**

Wir bekennen uns zu dem 2011 und zuletzt im Koalitionsvertrag 2013 festgelegten Ausbaupfad für erneuerbare Energien und wollen diesen umsetzen.

CDU

Der Anteil aus Strom aus erneuerbaren Energien soll in 2050 mindestens 80 % betragen, umweltfreundlich, versorgungssicher und bezahlbar.

SPD

Ja. Für den Strombereich streben wir sogar bereits 2040 eine vollständige Versorgung mit Ökostrom an.

Die Linke

Ja, der Ausbaudeckel für Erneuerbare muss weg. 100 % Erneuerbarer Strom bis 2030, bis 2050 auch für Wärme und Verkehr.

B'90/Grüne

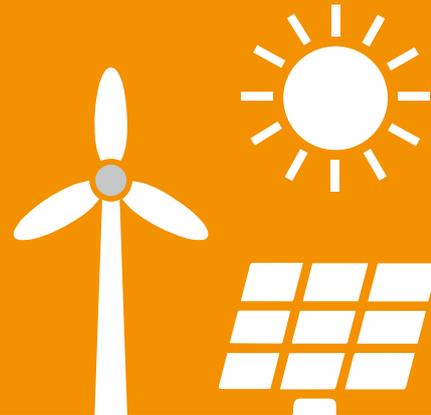
Erneuerbare Energien sollen sich im Rahmen des europäischen Emissionshandels durchsetzen und zum Klimaschutz beitragen.

FDP

Keine Antwort

AfD

30. April 2017
13 Uhr – Deutschland
produziert 85 %
seines Stroms aus
Erneuerbarer
Energie.

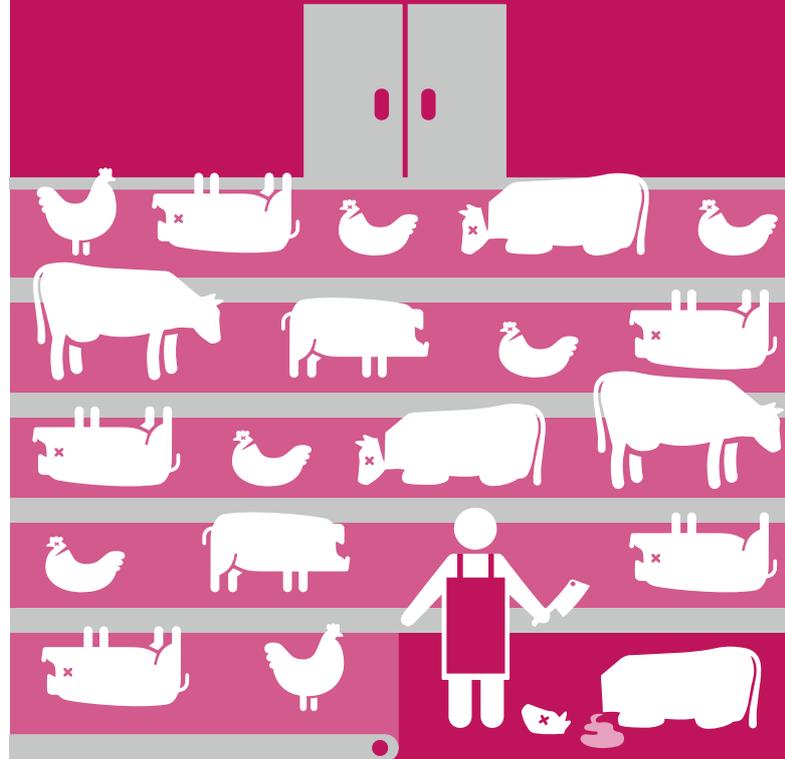


**2016 wurden in
Deutschland rund
1.204 Hühner,
112 Schweine,
70 Puten und
7 Rinder getötet –
pro Minute.**

*Hier findest du mehr Informationen zum Thema
www.greenpeace.de/Landwirtschaft*

02

Landwirtschaft





Sind Sie dafür, die **Zahl der Nutztiere** in Deutschland deutlich zu **reduzieren**, um mehr Tier- und Umweltschutz zu erreichen?

Nein. Wir setzen auf die Steigerung von Ressourceneffizienz und Tierschutz unter Beibehaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

CDU

Wir werden eine nationale und europäische Nutztierstrategie erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen.

SPD

Ja, wir wollen Bestandsobergrenzen für Nutztiere am Standort und in der Region einführen.

Die Linke

Ja, Tierhaltung muss an die Fläche gekoppelt, industrielle Massentierhaltung in tier- und umweltgerechte Haltung umgebaut werden.

B'90/Grüne

Die Qualität der Tierhaltung ist vor allem eine Frage des Managementes, das wir noch stärker den Tierbedürfnissen anpassen wollen.

FDP

Nein – Die Haltung von Nutztieren im Ausland unterliegt keinem deutschen Tier- und Umweltschutz.

AfD



Würden Sie eine **verpflichtende Kennzeichnung** von Fleischprodukten – ähnlich der bei Eiern – einführen, so dass Verbraucher über Herkunft und Art der Tierhaltung informiert werden?

Wir setzen auf ein neues staatliches Tierwohllabel und befürworten auf EU-Ebene die Ausweitung der Herkunftskennzeichnung.

CDU

Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben und wollen eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung.

SPD

Ja, Verbraucherschutz werden wir stärken. Verarbeitungsindustrie und Handel müssen sich an den Mehrkosten für eine faire und ökologische Tierhaltung beteiligen.

Die Linke

Ja. Wir wollen eine verpflichtende Kennzeichnung für tierische Produkte, analog zur Eierkennzeichnung.

B'90/Grüne

Wir sind aufgeschlossen für praxistaugliche Modelle, die unnötige Bürokratie vermeiden und zugleich einen Mehrwert für Verbraucher haben.

FDP

Nein – Bürokratie verhindert Diversität in der Erzeugung.

AfD



Werden Sie sich für ein **Verbot** des Einsatzes von **Glyphosat** und der für Bienen gefährlichen **Neonicotinoide** einsetzen?

Wir stehen für die Zulassung auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten. Gesundheits-, Umwelt- und Bienenschutz müssen gewährleistet sein.

CDU

Neonicotinoide im Freiland lehnen wir ab; auch Glyphosat halten wir bei dem aktuellen Verhandlungsstand für nicht zulassungsfähig.

SPD

Glyphosat und Neonicotinoiden wollen wir sofort verbieten und Zulassungsverfahren für Neonicotinoide qualifizieren.

Die Linke

Ja, wir kämpfen seit Jahren für ein Verbot von Glyphosat und Neonicotinoiden – und werden das auch weiter tun.

B'90/Grüne

Bei öffentlichen Diskussionen über bestimmte Wirkstoffe zählen für uns Freie Demokraten nicht Stimmungen, sondern nachvollziehbare Fakten.

FDP

Neutral – Hierzu gibt es noch keine Beschlusslage.

AfD

2014 wurden in Deutschland 5.330 Tonnen Glyphosat auf die Äcker gespritzt.



60 % der Kleidung weltweit enthält Polyester, dessen nicht abbaubare Mikrofasern zu großen Teilen im Meer enden – und damit auf unseren Tellern.

*Hier findest du mehr Informationen zum Thema
www.greenpeace.de/Meeresschutz*

03

Meeresschutz





Unterstützen Sie ein Verbot der Fischerei in den deutschen Meeresschutzgebieten?

Die Fischerei muss entsprechend des Schutzziels geregelt werden. Pauschale Verbote sind nicht sinnvoll und lehnen wir deshalb ab.

CDU

Wir unterstützen ein Verbot der Fischerei in Schutzgebieten, wo es naturschutzfachlich (Fische, Vögel, Schweinswale) geboten ist.

SPD

Ja. Schutzgebiete in Nord- und Ostsee sollen frei von Fischerei, Ressourcenabbau und sonstigen wirtschaftlichen Eingriffen sein.

Die Linke

Den Einsatz von Stell- und Grundschleppnetzen in allen ausgewiesenen Meeresschutzgebieten wollen wir beenden, Null-Nutzungszonen einrichten.

B'90/Grüne

Wir Freie Demokraten wollen eine Fischerei, welche die Bestände erhält und den Natur- und Tierschutz sichert.

FDP

Ja – Wir sind für den Schutz von Nullnutzungszonen.

AfD



Wie wollen Sie die Verschmutzung der Meere durch Düngemittel und Plastik eindämmen?

Verschmutzung, Vermüllung und Überfischung der Meere kann sich zu einer Katastrophe entwickeln. Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist.

CDU

Wir reduzieren die Verschmutzung von Nord- und Ostsee durch Plastik, Fischereimüll und Nährstoffeinträge sowie durch Lärm.

SPD

Effektive Reduktion ist nur an den Quellen möglich. Wir wollen Einsatzmengen beschränken und alternative umweltfreundliche Produkte fördern.

Die Linke

U. a. Beendigung Massentierhaltung, Anpassung Düngerecht, Umbau Agrarförderung, internationale Plastikkonvention, Verbot Mikroplastik in Kosmetika.

B'90/Grüne

Zusammen mit den internationalen Partnern wollen wir Richtlinien und Anreize schaffen, um die Verschmutzung der Meere zu verringern.

FDP

Ja – Mehr regionale Erzeugung und weniger plastikverpackte Lebensmittel.

AfD

Großbritannien und Frankreich wollen ab 2040, Indien ab 2030 und Norwegen ab 2025 keine neuen Autos mehr mit Verbrennungsmotor auf die Straße bringen.

*Hier findest du mehr Informationen zum Thema
www.greenpeace.de/Verkehr*

04

Verkehr und saubere Luft





Sind Sie für die bundesweite **Einführung einer „Blauen Plakette“**, um in Innenstädten Fahrverbote für Dieselfahrzeuge mit zu hohem Schadstoffausstoß zu ermöglichen?

Generelle Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen lehnen wir ab. Wir wollen für jede betroffene Stadt einen individuellen Reduktionsplan.

CDU

Wir wollen erreichen, dass Fahrverbote nicht notwendig werden. Betroffene Fahrzeuge sind auf Kosten der Hersteller nachzurüsten.

SPD

Ja, aber nur wenn für die blaue Plakette Grenzwerte im Realbetrieb gelten und die Nachrüstung auf Kosten der Hersteller geht.

Die Linke

Ja, denn damit können Städte den Verkehr steuern und Gesundheit schützen. Skandalös, dass Dobrindt den Dieselskandal einfach aussitzt!

B'90/Grüne

Mit der Digitalisierung gibt es große Potenziale für innovative Antriebe und intelligente Verkehrssteuerung. Diese wollen wir nutzbar machen.

FDP

Keine Antwort

AfD



Ab welchem Zeitpunkt sollten in Deutschland **keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor** mehr zugelassen werden?

Bis sich die Elektromobilität endgültig durchgesetzt hat, bleiben Dieselfahrzeuge aufgrund ihres geringen CO₂-Ausstoßes eine wichtige Option.

CDU

Wir gründen ein „Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität“. Mobilität muss digital, schadstofffrei, barrierefrei, bezahlbar und sicher sein.

SPD

Wir unterstützen den Vorschlag des Bundesrats, ab 2030 nur noch Pkw ohne CO₂-Emissionen zuzulassen.

Die Linke

2030, denn sonst scheidet der Klimaschutz. Die Zukunft der Mobilität ist emissionsfrei, leise und vernetzt.

B'90/Grüne

Wir unterstützen den Einsatz neuer und innovativer Technologien, um den bezahlbaren Übergang zu emissionsärmeren Antrieben zu ermöglichen.

FDP

Keine Antwort

AfD



Sind Sie für eine Stärkung der EU-Klima- und Umweltpolitik, um den ökologischen Umbau der Wirtschaft in Europa voran zu treiben?

Klimaschutz ist existenziell wichtig. Darum geht Europa beim Klima- und Umweltschutz voran, deshalb stehen wir zum Klima-Abkommen von Paris.

CDU

Klima- und Umweltpolitik muss national, europäisch und global vorangetrieben werden, um die beschlossenen Ziele erreichen zu können.

SPD

Ja. Dieser Umbau muss ökologisch und sozial erfolgen.

Die Linke

Ja, wir setzen auf klare und erreichbare CO₂-Reduktionsziele, Grenzwerte und Produktstandards, die durch Förderprogramme ergänzt werden.

B'90/Grüne

Die FDP strebt einen starken europäischen Rechtsrahmen für eine einheitliche Klima- und Umweltpolitik der Mitgliedstaaten an.

FDP

Keine Antwort

AfD



Sind Sie dafür, Handelsverträge wie TTIP und CETA abzulehnen, wenn dadurch Umwelt- und Sozialstandards sowie demokratische Institutionen umgangen und Sonderrechte für Unternehmen geschaffen werden?

Die Globalisierung braucht Regeln und Standards. Daher wollen wir CETA mit Leben erfüllen und weiterhin ein Freihandelsabkommen mit den USA.

CDU

In allen Abkommen müssen die Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards vereinbart werden.

SPD

Ja. Aus diesen Gründen haben wir TTIP und CETA von Beginn an abgelehnt.

Die Linke

TTIP, CETA & JEFTA machen Umweltstandards und Rechte der BürgerInnen zur Verhandlungsmasse. Wir lehnen sie darum in ihrer jetzigen Form ab.

B'90/Grüne

Die Absicherung wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer und technischer Standards auf hohem Niveau ist für uns unverzichtbar.

FDP

Keine Antwort

AfD



Werden Sie sich dafür einsetzen, den **Export von Rüstungsgütern** und insbesondere von Kleinwaffen in Nicht-Nato-Staaten und Staaten mit undemokratischen Regimen zu beenden?

Es gelten weitgehende Exportverbote und Dokumentationspflichten bei Ausnahmen. Wir helfen Regionalorganisationen, Waffen zu sichern.

CDU

Die SPD hat die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es in der Geschichte der Bundesrepublik je gab.

SPD

Ja. Entsprechende Anträge haben wir mehrfach in den Bundestag gebracht.

Die Linke

Ja, wir werden Waffenlieferungen an Diktatoren und andere unzuverlässige Drittstaaten mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen.

B'90/Grüne

Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Rüstungsexporte würden instabile Regionen noch weiter destabilisieren.

FDP

Keine Antwort

AfD



Sind Sie dafür, Menschen, die wegen der **Folgen des Klimawandels** fliehen mussten, ein Anrecht auf Asyl zu gewähren?

Klimavertriebene genießen kein Asylrecht, noch Anerkennung als Flüchtlinge. In Einzelfällen kann ein Visum aus humanitären Gründen erfolgen.

CDU

Wir stehen zum Recht auf Asyl. Einen Anspruch hat nach Art. 16a Grundgesetz, wer politisch verfolgt ist. Maßgeblich ist das Einzelschicksal.

SPD

Ja. Wir lehnen jede Einschränkung des Asylrechts konsequent ab.

Die Linke

Das Asylrecht wird die Situation der Klimaflüchtlinge nicht lösen können. Wir bevorzugen deren Aufnahme im Rahmen sog. internationaler Resettlement-Programme.

B'90/Grüne

Wir wollen ein modernes Einwanderungsrecht schaffen, das den Bedürfnissen unserer offenen Gesellschaft gerecht wird.

FDP

Keine Antwort

AfD

Wahlkompass 2017 –
befragt wurden alle Parteien, die
den Umfragen zufolge über die
5-Prozent-Hürde kommen. Die
Aufzählung erfolgt entsprechend
der Fraktionsstärke im Bundes-
tag bzw. der Umfrageergebnisse.
Vollständig geantwortet haben
CDU, SPD, die Linke, Bündnis90/
Die Grünen und die FDP. Die AfD
hat den größten Teil der Fragen
von Greenpeace nicht beantwortet.

Impressum

Greenpeace e.V.
Hongkongstraße 10
20457 Hamburg
Tel. 040/306 18-0
Fax 040/306 18-100
V.i.S.d.P. Tina Loeffelbein
mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Politische Vertretung
Berlin Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Tel. 030/30 88 99-0
Fax 030/30 88 99-30

*Zur Deckung der
Herstellungskosten bitten
wir um eine Spende:
GLS Bank
IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01*

Redaktion
Tina Loeffelbein / Michael Dettbarn

Gestaltung
glow communication GmbH
Chausseestraße 6
10115 Berlin

Foto
S.3 Daniel Müller © Greenpeace

Druck
Reset Grafische Medien GmbH
Offset. Satz. Grafik
Virchowstraße 8
22767 Hamburg

Stand
August 2017

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

#DeinPlanetDeineWahl

Die Forderungen von Greenpeace zur Bundestagswahl 2017 finden Sie im Internet unter www.greenpeace.de/politische-vertretung

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen. Rund 580.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.

www.greenpeace.de/wahlkompass2017

GREENPEACE